

Gabriele Baumann **Politik**
**in einer russischen
Großstadt**

**Die Wahlen zur Gesetzgebenden
Versammlung von St. Petersburg**

Die Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg am 8. Dezember 2002 haben gezeigt, wie weit die russische Politik trotz gesetzlicher Rahmenbedingungen für politische Parteien und neuem Wahlrecht noch immer von einem westlichen Verständnis von Parlamentarismus und demokratischen Wahlen entfernt ist. Massive Manipulationen im Wahlkampf, fehlende Strategien der politischen Parteien sowie die permanente Konfrontation zwischen den Interessen der Administration von Präsident Putin und seinem Widersacher Wladimir Jakowlew, dem Gouverneur von St. Petersburg, bestimmten den Wahlkampf, hatten Einfluss auf die finanzielle Ausstattung der Kandidaten und die Bildung der Fraktionen in der neuen Versammlung. Viele dieser Tendenzen geben eine Aussicht auf den Verlauf und den Ausgang der Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2003.

■ **St. Petersburg
im Wahlkampf**

Am 8. Dezember 2002 haben Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg, dem Landtag der zweitgrößten Stadt Russlands mit 4,6 Millionen Einwohnern, stattgefunden. Die St. Petersburger Wahlen werden als Auftakt für die Wahlen zur Staatsduma Ende 2003 angesehen, daher schenkte man ihnen in ganz Russland besondere Beachtung. Zudem sind es die ersten Regionalwahlen nach dem neuen russischen Wahlrecht und seit den letzten Landtagswahlen in St. Petersburg 1998 hat sich einiges in der Politik- und Parteienlandschaft geändert, nicht zuletzt auch infolge des 2001 verabschiedeten Parteiengesetzes.

Am 16. September 2002 war das Wahldatum offiziell bekanntgegeben worden, nachdem es im Vorfeld monatelang Spekulationen über eine Verschiebung des Termins gegeben hatte und sogar eine Zusammenlegung mit den Staatsdumawahlen Ende 2003 oder den Gouverneurswahlen in St. Petersburg Anfang 2004 in Erwägung gezogen wurde.

Zu den Besonderheiten dieser Wahl gehörte, dass sie in *einem* Wahlgang zu erfolgen hatte und die Kandidaten nur dann in die Gesetzgebende Versammlung einziehen konnten, wenn in ihrem Wahlkreis eine Wahlbeteiligung von mindestens 20 Prozent nachgewiesen wurde. Das neue Wahlrecht hat landesweit die erforderliche Wahlbeteiligung bei Föderations- und Gebietswahlen von ehemals 25 Prozent auf 20 Pro-

zent herabgesetzt, nur bei Kommunalwahlen dürfen die 20 Prozent noch unterschritten werden. Ein Grund hierfür ist das Desinteresse breiter Bevölkerungsschichten an der Politik, vor allem junge Menschen fallen als Wählergruppe praktisch völlig aus.

Soziologische Umfragen von „IMA-Press“ wenige Wochen vor der Wahl hatten ergeben, dass 26 Prozent der Wahlberechtigten die Absicht bekundeten, am 8. Dezember zur Wahl zu gehen, und 19 Prozent die Frage mit „voraussichtlich ja“ beantworteten. Dennoch waren bis zuletzt in einzelnen Wahlkreisen sogar die erforderlichen 20 Prozent Wahlbeteiligung unsicher. Die Umfrage ergab u.a. auch, dass 45 Prozent von denen, die vorhatten zu wählen, den jetzigen Abgeordneten wiederwählen wollten, 30 Prozent dagegen wollten einen Wechsel.

Das Institut „Kross-Media“ hatte im gleichen Zeitraum 400 Menschen auf der Straße befragt, was sie von der Arbeit der Gesetzgebenden Versammlung halten. 27 Prozent wussten gar nicht, womit sich ein Parlament beschäftigt, 48 Prozent behaupteten, die Abgeordneten hätten vier Jahre lang nur Däumchen gedreht, 13 Prozent sagten, die Abgeordneten hätten wohl einiges getan, aber man merke davon praktisch nichts. Nur elf Prozent der Befragten gaben an, die Abgeordneten hätten im Verlauf der Legislaturperiode vernünftig und gut gearbeitet und einiges bewirkt.

Als Kandidat für eins der 50 Abgeordnetenmandate musste man sich bis zum 8. November registrieren lassen, dafür entweder 45 000 Rubel (1450 Euro) auf das Konto der städtischen Wahlkommission einzahlen oder Unterschriften von einem Prozent aller Wahlberechtigten des Bezirks sammeln, was pro Wahlbezirk etwa 800 bis 900 Unterschriften entspricht. Am Stichtag waren insgesamt 422 Kandidaten registriert, 165 weniger als bei der Wahl 1998. 48 der 50 bisherigen Abgeordneten traten wieder zur Wahl an. Die Anzahl der Kandidaten pro Wahlkreis war relativ ungleichmäßig verteilt, einmal waren es vier Kandidaten in einem Wahlkreis, ein andermal 15. Unter den Kandidaten waren 63 Frauen – das sind etwas mehr als 15 Prozent aller Kandidaten.

Die Altersstruktur sah folgendermaßen aus: 33 Prozent der Kandidaten waren im Alter zwischen 40 und 49, 24 Prozent waren 30 bis 39 Jahre alt,

■ Als Kandidat für eins der 50 Abgeordnetenmandate musste man sich bis zum 8. November registrieren lassen, dafür entweder 45000 Rubel (1450 Euro) auf das Konto der städtischen Wahlkommission einzahlen oder Unterschriften von einem Prozent aller Wahlberechtigten des Bezirks sammeln, was pro Wahlbezirk etwa 800 bis 900 Unterschriften entspricht.

■ Das offizielle Wahlkampfbudget wurde für jeden einzelnen Kandidaten auf 300000 Rubel (9700 Euro) festgelegt, von denen der Kandidat selber 200000 Rubel (auch mit Hilfe von Spenden) einbringen durfte. 100000 Rubel durfte die Partei, für die er kandidierte, oder die Organisation, die ihn unterstützte, einzahlen.

21 Prozent zwischen 50 und 59, 15,5 Prozent unter 30 und 6,5 Prozent älter als 60 Jahre.

Das offizielle Wahlkampfbudget wurde für jeden einzelnen Kandidaten auf 300000 Rubel (9700 Euro) festgelegt, von denen der Kandidat selber 200000 Rubel (auch mit Hilfe von Spenden) einbringen durfte. 100000 Rubel durfte die Partei, für die er kandidierte, oder die Organisation, die ihn unterstützte, einzahlen. Dieses offizielle Budget wurde im Wesentlichen für Plakate und Flugblätter ausgegeben, in Wirklichkeit kostete der Wahlkampf eines Kandidaten nach vorsichtigen Schätzungen zwischen 100000 und 400000 Euro – Geld, das zum einen mit Hilfe von Sponsoren aus der Industrie und von Banken, zum anderen durch die „administrativen Ressourcen“ des St. Petersburger Gouverneurs aufgebracht wurde.

Ein Großteil der Sponsorengelder wurde für den Kauf von Wählerstimmen, aufwendige Geschenke und Flugblätter benutzt, um Konkurrenten im Wahlkampf zu denunzieren oder sie dazu zu bringen, ihre Kandidatur zurückzunehmen. So wurden in sieben Wahlkreisen Flugblätter mit der Unterschrift von Kandidaten verteilt, die ihren angeblichen Rückzug von der Wahl bekanntgeben. Programmatische Aussagen der Parteien „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“, der klassischen Gegner von Gouverneur Jakowlew, wurden komplett verzerrt. Eine Woche lang hielt sich z.B. das Gerücht, die Partei „Jabloko“ plane nach der Wahl mit Haushaltsgeldern in der Stadt eine Vielzahl von Heimen für Flüchtlinge aus Tschetschenien zu bauen. Der „Volkspartei Russlands“ wurde in einer aufwendigen Kampagne nachgesagt, sie wolle dänische Produkte, u.a. das in Russland beliebte Tuborg-Bier und Lego-Steine, boykottieren, da Dänemark tschetschenische Terroristen beherberge. Über einen langjährigen Abgeordneten tatarischer Abstammung wurde verbreitet, er finanziere seinen Wahlkampf mit Geldern der islamistischen Wahhabiten.

Bezeichnenderweise wurde fast ausschließlich gegen die Kandidaten und politischen Parteien vorgegangen, die in Opposition zur Politik des Gouverneurs stehen. Hierzu muss man wissen, dass Wladimir Jakowlew daran interessiert ist, möglichst viele Kandidaten aus seinem Einflussbereich materiell und moralisch zu unterstützen, da er eine Änderung

der Verfassung von St. Petersburg durch die Gesetzgebende Versammlung vorantreiben will, die bisher vorschrieb, dass der Gouverneur nur zwei Legislaturperioden lang im Amt bleiben kann. Von dem jetzigen Abgeordnetenhaus wurde sein Anliegen, die Verfassung der Stadt zu ändern und somit eine dritte Legislaturperiode zu ermöglichen, erst im Oktober erneut abgelehnt. Wladimir Jakowlew unterstützte überwiegend Kandidaten, die weder einer politischen Partei noch einem Wahlbündnis angehörten. Diese mussten ihm im Falle ihrer Wahl zu großem Dank verpflichtet sein; so entstanden wirksame Abhängigkeitsverhältnisse.

In den letzten Wochen vor der Wahl lagen der Staatsanwaltschaft 180 Klagen von Kandidaten und Parteien im Zusammenhang mit Wählermanipulation, Stimmenkauf und schwarzen Wahlkampfkassen vor. Es war allerdings kaum damit zu rechnen, dass noch vor den Wahlen die wirklichen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden. So wurde dann auch in keinem einzigen Fall trotz offensichtlicher Manipulationen im Wahlkampf gerichtlich erwirkt, dass einem Kandidaten die Registrierung wieder aberkannt wurde.

Zumindest aber waren die Verteiler der Flugblätter aufgrund des Medienrummels und der Tatsache, dass einige auf frischer Tat ertappt wurden, abgeschreckt, und etwa eine Woche vor den Wahlen versiegte schließlich die Quelle des massenhaft denunzierenden Materials.

Ansonsten war der Wahlkampf in der Stadt kaum sichtbar. Straßenplakate gab es praktisch nicht, ganz vereinzelt fand man – vorwiegend in den Außenbezirken der Stadt – Plakate der Kandidaten, die an den Hauswänden klebten und darauf warteten, vom Wahlkampfteam des Gegenkandidaten wieder abgerissen zu werden.

An den Wochenenden fand ein bisschen Straßenwahlkampf statt, die Wahlkämpfer froren bei Außentemperaturen von bis zu -18° und verteilten kleine Zettel über den Kandidaten und sein/ihr Programm. Eine kleine ultranationalistische Partei hatte einen alten VW-Kleinbus zu einem Wahlkampfmobile umgestaltet, ihn braun angemalt, und brüllte über Lautsprecher auf den Hauptstraßen einiger Außenbezirke unerträgliche Parolen gegen Ausländer.

■ In den letzten Wochen vor der Wahl lagen der Staatsanwaltschaft 180 Klagen von Kandidaten und Parteien im Zusammenhang mit Wählermanipulation, Stimmenkauf und schwarzen Wahlkampfkassen vor. Es war allerdings kaum damit zu rechnen, dass noch vor den Wahlen die wirklichen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden.

Jedem Kandidaten wurden vom lokalen St. Petersburger Fernsehsender TRK drei Minuten Sendezeit für einen Wahlkampfspot kostenlos zugeteilt. Dieser wichtigste Fernsehsender der Stadt wird vom Gouverneur kontrolliert, die Kandidaten hatten nur die Möglichkeit, ihre Spots zwischen 16.00 und 17.00 Uhr zu senden, d.h. sich und ihr Wahlprogramm den Wählern zu einer Tageszeit vorzustellen, in der die Menschen noch ihrer Arbeit nachgehen. Gegen Bezahlung erhielten die Kandidaten, die sich der besonderen Gunst des Gouverneurs erfreuten, auch eine Sendezeit am Abend. Die Ausstrahlung von Fernsehspots in anderen Fernsehkanälen wie LOT (Leningrader Gebietsfernsehen), NTV oder über private Sender wurde im diesjährigen Wahlkampf vor allem von den politischen Parteien und hier insbesondere von „Jabloko/Union der Rechten Kräfte“ genutzt.

■ Die St. Petersburger Presse begann erst in den letzten vier Wochen vor der Wahl, über den Wahlkampf zu berichten. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand vor allem das Thema rund um die Flugblätteraktionen und die Denunziationen von Kandidaten. Programmatische Aussagen wurden nur in einem sehr geringen Umfang diskutiert.

Die St. Petersburger Presse begann erst in den letzten vier Wochen vor der Wahl, über den Wahlkampf zu berichten. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand vor allem das Thema rund um die Flugblätteraktionen und die Denunziationen von Kandidaten. Programmatische Aussagen wurden nur in einem sehr geringen Umfang diskutiert. Um einigermaßen informiert zu sein, war der Wahlbeobachter gut beraten, in den letzten zwei Wochen vor der Wahl täglich an die zehn verschiedene Tageszeitungen zu lesen.

Die Aufstellung von Parteilisten wird gemäß dem neuen Wahlrecht erst im Juli 2003 obligatorisch und wird somit in St. Petersburg erst die nächste Landtagswahl prägen. Dennoch ist bereits bei diesen Wahlen deutlich zu verzeichnen, dass knapp ein Drittel der Kandidaten von politischen Parteien aufgestellt wurde, die im Übrigen keine Regionalparteien mehr sind, sondern – nach Vorgabe des Parteigesetzes – auf föderaler Ebene in Moskau registriert und in mindestens der Hälfte der Subjekte der Russischen Föderation vertreten sein müssen.

Insgesamt 158 Kandidaten wurden bei dieser Wahl von einer politischen Partei oder Bewegung aufgestellt. Hier eine Auswahl der wichtigsten:

43 Kandidaten stellte das Wahlbündnis aus der rechtsliberalen Partei „Union der Rechten Kräfte“ und der sozialliberalen Partei „Jabloko“ auf, übrigens eine russlandweit bisher beispiellose Fusion der bei-

den ewig zerstrittenen demokratischen Parteien. Beide Parteien treten seit Jahren mit ideologisch klaren Programmen auf.

39 Kandidaten schickte die regionale gesellschafts-politische Organisation „Politisches Zentrum“ ins Rennen, deren politische Orientierung alles andere als konkret ist. Sie beruft sich auf ihre Nähe zur Politik Putins und druckt zudem in ihrem Wahlkampfheft Interviews mit dem deutschen Politologen Alexander Rahr ab.

Die zentristische Partei „Einheitliches Russland“, die derzeitige Putin-Partei („Partei der Macht“), gab in St. Petersburg ein eher schwaches Bild ab, ihre Parole lautete in etwa „Stabilität, Optimismus und Erneuerung“. Angeführt von ihrem St. Petersburger Vorsitzenden, dem Dekan der Philosophischen Fakultät, Juri Solonin, tauchten auf den Wahlkampf-Rundtischen der Partei längst vergessene Intellektuelle aus der Aufbruchszeit von Bürgermeister Sobtschak Anfang der neunziger Jahre wieder auf. Sie stellte zwölf Kandidaten auf.

Die linkszentristische „Volkspartei Russlands“, Anfang des Jahres 2002 aus der Fraktion der „Volksdeputierten“ in der Staatsduma hervorgegangen, stellte neun Kandidaten. Im Wahlkampf machte sie Schlagzeilen mit Parolen für die Wiedereinführung der Todesstrafe und gegen Homosexuelle.

Die Partei „Entwicklung des Unternehmertums“ der Staatsduma-Abgeordneten Oxana Dmitriewa unterstützte sechs Kandidaten.

Die „Partei des Lebens“ des Föderationsratsvorsitzenden Sergej Mironow unterstützte vier Kandidaten durch ihre regionale Bewegung „Wolja Peterburga“.

Schirinowskijs Partei LDPR stellte sechs Kandidaten auf, die ultranationalistische „Partei der Freiheit“ Jurij Beljajews brachte es auf einen Kandidaten.

Außer den genannten Parteien und Bewegungen hatten verschiedene Kommunistische Parteien wie die KPRF Kandidaten aufgestellt mit dem Ziel, eine Fraktion im Parlament bilden zu können.

Um den Wahlkampf übersichtlicher zu organisieren und die Chancen für einige Kandidaten zu vergrößern, wurden aus manchen der genannten Parteien und Bewegungen Wahlblöcke gebildet. Nach der ersten Fusionierung zwischen der „Union der

■ Um den Wahlkampf übersichtlicher zu organisieren und die Chancen für einige Kandidaten zu vergrößern, wurden aus manchen der genannten Parteien und Bewegungen Wahlblöcke gebildet.

Rechten Kräfte“ und „Jabloko“ Ende September 2002 kam gleich darauf die zweite: „Einheitliches Russland“, „Volkspartei Russlands“ und „Wolja Peterburga“ wurde zu „Einheitliches Petersburg“, aus dem die „Volkspartei“ allerdings aufgrund erheblicher Differenzen bei der Kandidatenaufstellung kurz danach wieder ausstieg.

Eine Woche vor der Wahl schlossen sich die beiden Blöcke „Einheitliches Petersburg“ und „Union der Rechten Kräfte/Jabloko“ zu einem Wahlbündnis zusammen. Die Zahl von ursprünglich 67 Einzelkandidaten der vier politischen Parteien wurden auf 33, jetzt gemeinsame Kandidaten, reduziert. Zusammen bildeten die „Großen 4“, wie man sie in der Presse nannte, eine starke und klar artikulierte Opposition zur Politik von Gouverneur Jakowlew.

■ **St. Petersburg hat gewählt**

Kaum einer hatte damit gerechnet, dass die Wahlbeteiligung wirklich in allen 50 Wahlkreisen die erforderlichen 20 Prozent überschreiten würde. Noch um 13.00 Uhr waren am Wahltag gerade einmal sieben Prozent der Wahlberechtigten an den Urnen gewesen.

Und so war man angenehm überrascht, als nach der Auszählung der Stimmen aller 50 Wahlkreise klar war, dass sie alle ihre direkt gewählten Abgeordneten ins Parlament senden würden. Insgesamt ergab sich eine – für deutsche Verhältnisse katastrophal niedrige – Wahlbeteiligung von 29,29 Prozent. Einige Wahlkreise erreichten nur 21 Prozent, andere dagegen bis zu 35 Prozent. Gewählt haben in erster Linie ältere Menschen über 50 Jahre.

Von den 50 Abgeordneten der letzten Legislaturperiode konnten 38 ihr Mandat verteidigen, zwei Frauen schafften erneut den Einzug in die Gesetzgebende Versammlung.

Hinter 20 Abgeordneten stehen die folgenden politischen Parteien oder Wahlblöcke:

- „Union der Rechten Kräfte“/„Jabloko“ vier plus vier Abgeordnete
- „Einheitliches Russland“ vier Abgeordnete
- „Wolja Peterburga/Partei des Lebens“ drei Abgeordnete

■ **Insgesamt ergab sich eine – für deutsche Verhältnisse katastrophal niedrige – Wahlbeteiligung von 29,29 Prozent. Einige Wahlkreise erreichten nur 21 Prozent, andere dagegen bis zu 35 Prozent. Gewählt haben in erster Linie ältere Menschen über 50 Jahre.**

- „Politisches Zentrum“
ein Abgeordneter
- Kommunistische Partei (KPRF)
zwei Abgeordnete
- Linksbündnis „Wissenschaft, Industrie, Bildung“
zwei Abgeordnete

Alle anderen Abgeordneten waren als unabhängige Kandidaten angetreten. Der Sieg der KPRF und des Linksbündnisses „Wissenschaft, Industrie, Bildung“ in vier Wahlkreisen ist teilweise auch auf die Unterstützung durch die Administration von Gouverneur Jakowlew zurückzuführen und schwächt die Position der Putin-Partei „Einheitliches Russland“. Schirinowskijs Partei LDPR, die „Unternehmer-Partei“ von Oxana Dmitrijwa, die „Volkspartei Russlands“ sowie die ultranationalistische „Partei der Freiheit“ erhielten keine Mandate.

Das Wahlergebnis ist natürlich auch nicht arm an Kuriositäten: So wurde z.B. der Abgeordnete Jurij Schutow wiedergewählt, obwohl er seit Anfang 1999 wegen Auftragsmordes in sieben Fällen und anderer schwerer Straftaten im Gefängnis sitzt und dort vermutlich auch weiterhin bleiben wird. Warum die Wähler seines Wahlkreises ausgerechnet ihm mehrheitlich das Vertrauen ausgesprochen haben, ist nur schwer nachzuvollziehen.

Der Zusammenschluss der Abgeordneten in Fraktionen, der mindestens fünf Mitglieder erfordert, hat im St. Petersburger Parlament keine stabile Grundlage. Die einzig programmatischen, parteigebundenen Fraktionen waren die von „Jabloko“ und der „Union der Rechten Kräfte“. Zur Bildung einer kommunistischen Fraktion war es in der letzten Legislaturperiode nicht gekommen. Dafür gab es an die zwei Dutzend wechselnde Vereinigungen von parteiunabhängigen Abgeordneten, die sich u.a. Namen wie „Dialog“, „Fraktion des vernünftigen Kompromisses“, „Gesetzlichkeit“ gaben, hinter denen aber kein erkennbares politisches Programm stand.

Im Wesentlichen teilten sich die Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung in den letzten Jahren in zwei Blöcke auf: in die Befürworter der Regierung Jakowlew und in seine Gegner, die stark von Präsident Putin und seiner Administration unterstützt werden. Von den Mehrheitsverhältnissen für den einen oder anderen Block würde in der neuen Legis-

■ Der Zusammenschluss der Abgeordneten in Fraktionen, der mindestens fünf Mitglieder erfordert, hat im St. Petersburger Parlament keine stabile Grundlage. Die einzig programmatischen, parteigebundenen Fraktionen waren die von „Jabloko“ und der „Union der Rechten Kräfte“.

laturperiode abhängen, ob Wladimir Jakowlew die Gesetzesänderung hinsichtlich seiner dritten Amtszeit durchsetzen kann und ob Sergej Mironow, Vorsitzender des Föderationsrates und erklärter Jakowlew-Gegner, von den Abgeordneten seines Parlaments wiedergewählt wird.

■ Die Gesetzgebende Versammlung formiert sich

Bereits in der zweiten Januarwoche formierten sich die neuen Fraktionen. Die stärkste Fraktion wurde die von „Einheitliches Russland“ mit zehn Abgeordneten, obwohl ursprünglich nur vier Kandidaten dieser Partei den Einzug in die Gesetzgebende Versammlung geschafft hatten. „Jabloko“ bildete eine Fraktion aus fünf Abgeordneten, die Kommunisten erreichten diesmal auch die Bildung einer Fraktion aus KPRF und der linkspatriotischen NPSR. Alle anderen Fraktionen im Parlament sind lockere Vereinigungen von Abgeordneten ohne jegliche politische Programmatik, die „Union der Rechten Kräfte“ sucht noch nach einem weiteren Abgeordneten, um eine Fraktion bilden zu können.

In den ersten Wochen des neuen Jahres zeichnete sich auch bereits ab, dass sich die Polarität zwischen den Befürwortern und Gegnern der Regierung Jakowlew noch verstärken würde. Den ersten Beweis ihrer Zuordnung zu einem der beiden Blöcke lieferten die Abgeordneten mit der Wahl ihres neuen Vorsitzenden bereits am 15. Januar.

■ Mit der Wahl des Vorsitzenden der letzten Gesetzgebenden Versammlung hatte man sich über zwei Jahre Zeit gelassen, diesmal sollte alles ganz schnell gehen. Gewählt wurde Wadim Tjulpanow, ehemals stellvertretender Vorsitzender und derzeit zudem noch Vorsitzender der neugebildeten Fraktion „Einheitliches Russland“, dadurch in Opposition zu Gouverneur Jakowlew.

Mit der Wahl des Vorsitzenden der letzten Gesetzgebenden Versammlung hatte man sich über zwei Jahre Zeit gelassen, diesmal sollte alles ganz schnell gehen. Gewählt wurde Wadim Tjulpanow, ehemals stellvertretender Vorsitzender und derzeit zudem noch Vorsitzender der neugebildeten Fraktion „Einheitliches Russland“, dadurch in Opposition zu Gouverneur Jakowlew. Gewählt wurde er in geheimer Wahl mit 28 Stimmen gegen 19 für den Gegenkandidaten und bereits kurz danach sickerte durch, welcher der Abgeordneten seine Stimme für welchen Kandidaten abgegeben hatte. Und wieder treffen wir auf ein Kuriosum: gewählt wurde er mehrheitlich mit den Stimmen der Kommunisten, der Rechtsliberalen und der Zentristen, wozu es keinerlei politische Grundlage gibt, außer eben die der derzeitigen Op-

position zur St. Petersburger Exekutive. In den Tagen nach der Abstimmung wurde in der Presse zudem heftig darüber spekuliert, welcher Abgeordnete aus Moskauer Kreisen wieviel Geld für seine Stimme gegen den Kandidaten des Gouverneurs erhalten habe, man geht von Beträgen bis zu 30 000 Euro pro Stimme aus.

Mit diesem positiven Ergebnis für den Kandidaten der Putin-Partei „Einheitliches Russland“ und den klaren neuen Mehrheitsverhältnissen stand auch einer erneuten Wahl von Sergej Mironow als Vertreter der St. Petersburger Legislative im Föderationsrat nichts mehr im Wege. Er wurde am 27. Januar mit großer Mehrheit von der Gesetzgebenden Versammlung und kurz darauf in Moskau zum Vorsitzenden des Föderationsrates wiedergewählt.

Im Gegenzug schwinden die Chancen des Gouverneurs, eine parlamentarische Mehrheit für seine Kandidatur zur dritten Amtszeit zu bekommen. Seine Anhänger, unter ihnen einflussreiche Industrielle und Bankiers, haben in der Gesetzgebenden Versammlung aus drei Fraktionen den Block „Einheitliche Stadt“ gebildet und verkündeten, sie wollten sowohl mit der Exekutive St. Petersburgs konstruktiv zusammenarbeiten als auch die Politik von Präsident Putin unterstützen. Gleichmaßen bezeichnen einige der Abgeordneten von „Einheitliche Stadt“ ihre Position als „Opposition gegen die Verschwörung von Moskau und dem KGB“. In der Presse wird die Vereinigung spöttisch als „Fraktion der 3. Amtszeit“ bezeichnet.

In den nächsten Wochen steht die Wahl der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Gesetzgebenden Versammlung sowie der Vorsitzenden von Haushaltsausschuss und Gesetzgebungsausschuss an. Auch hier sind heftige Konflikte bereits vorprogrammiert, schließlich ist Wadim Tjulpanow nunmehr allen Kräften, die ihn gewählt haben, verpflichtet, wobei die politische Bandbreite von den Kommunisten bis zur rechtsliberalen „Union der Rechten Kräfte“ reicht.

Man kann nur hoffen, dass die Polarisierung der beiden Blöcke und die politische Beliebigkeit nicht zur Arbeitsunfähigkeit des Parlaments führen werden, indem bei Entscheidungen grundsätzlich kein Quorum mehr zustande kommt.